



### Presseschau vom 19.10.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer](#) aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind **Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot** ([dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **andere ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Vormittags:

De.sputniknews.com: Alle ukrainischen TV-Sender haben von der Administration des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko die Anweisung bekommen, den Händedruck zwischen ihm und Russlands Präsident Wladimir Putin bei ihrem Treffen am 2. Oktober in Paris nicht zu zeigen.

Wie Viktor Subrizki, ehemaliger Producer des TV-Senders 112 Ukraina, auf der Webseite des Senders schreibt, hatte die Fernsehanstalt am 2. Oktober „eine Woge von Anrufen aus dem Apparat des Präsidenten und von ‚zuständigen Behörden‘ bekommen“. Es sei nicht zulässig, den Händedruck im Fernsehen zu zeigen, hieß es dabei. „Poroschenko hat Putin zwar die Hand gedrückt, er wollte aber nicht, dass die Ukrainer davon erfahren“, so Subrizki. „So haben alle Fernsehkanäle dieses Ereignis merkwürdigerweise auch ‚übersehen‘.“

Subrizki äußert die Annahme, dass die Tatsache, dass der Sender 112 Ukraina diese Begrüßung doch gezeigt hat, darauf folgende Schikanen gegen die TV-Anstalt verursacht hat. „Am 16. Oktober hat das ukrainische Gesetz die Genehmigung erteilt, (innerhalb eines Monats) eine Durchsuchung in den Räumen des TV-Senders 112 Ukraina vorzunehmen und alle Computer, digitale Datenträger usw. einzuziehen. Mit anderen Worten – technische Schritte zum Sendestopp des Fernsehkanals zu unternehmen.“

Dies sei nicht der erste Ausfall gegen den Sender gewesen. „Seit April 2015 setzte Poroschenko mit Hilfe seiner Handlanger das übliche Arsenal eines Tyrannen ein: Drohungen mit Strafprozessen und mit einem Sendegenehmigungsentzug“, schreibt

Subrizki.

Ukrinform.ua: Der Staatspräsident Petro Poroschenko ist, wie die meisten Ukrainer, mit dem Tempo der Durchführung der Reformen in der Ukraine unzufrieden.

Das sagte er im Interview für ukrainische Fernsehsender, berichtet Ukrinform.

„Ich bin auch unter 68 Prozent der Ukrainer, die mit dem Tempo der Reformen unzufrieden sind“, sagte Poroschenko.

Dem Präsidenten zufolge sind der Zeitplan und Inhalt der Reform der Ukraine im Assoziierungsabkommen mit der EU verankert.

„Ich bin sicher, dass in der nächsten (dieser) Woche der Bedarf sein wird, sich mit den Leitern der Parlamentsfraktionen zu treffen und den Nationalrat über die Umsetzung aller notwendigen Veränderungen durchzuführen. Auf der einen Seite hat die Regierung alle erforderlichen Gesetzentwürfe eingereicht, aber es gibt keinen Konsens im Parlament, weil es einen Teil der Dinge, die das visumfreie Regime nicht betreffen, in diesen Gesetzentwürfen gibt, und man muss diesen Kompromiss umgehend finden“, sagte er.

So hofft Poroschenko, dass das Parlament schließlich den entsprechenden Schritt unternimmt und für alle notwendigen Gesetze für das visumfreie Regime abstimmen wird.

„Ich wäre glücklich, mich mit den Themen zu befassen, die sich ausschließlich auf meine Kompetenz beziehen - nationale Sicherheit und Verteidigung, und Außenpolitik. Aber ich muss mich auch mit diesem Bereich beschäftigen, denn davon hängt die Zukunft der Ukraine ab“, sagte das ukrainische Staatsoberhaupt.

Dan-news.info: Ein grundlegender Wiederaufbau und Reparatur der Straßen in der DVR ist für den Frühling 2016 geplant, erklärte der Transportminister der DVR Semen Kusmenko in einem Interview.

„Die Kapazitäten in der Republik betragen derzeit das 2,5fache dessen, was für die Pflege unserer Straßen nötig ist, Probleme mit den Produktionskapazitäten gibt es nicht. Aber in diesem Jahr werden wir kaum alle unsere Erfordernisse abdecken können und die Wartung wird in der normalen Weise ablaufen und der Beginn eines vollständigen, grundlegenden Wiederaufbaus ist für den Frühling geplant“, erklärte der Minister.

Nach den Worten Kusmenkos ist derzeit das staatliche Unternehmen „Awtodor“, das von der Ukraine in einem „traurigen Zustand“ übernommen wurde, die hauptsächliche Struktur für den Straßenbau in der Republik. „Das Budget für die Reparaturen vergrößert das Finanzministerium und wir werden schrittweise den Aufbau intensivieren“, erklärte er.

Der Transportminister fügte hinzu, dass in den Plänen zunächst die Reparatur der Straße in Richtung Uspenka (in der Nähe der russischen Grenze) vorgesehen ist. „Die Finanzierung ist bisher nicht vollständig abgesichert, weil unsere Republik eine Volksrepublik ist und zuerst alle sozialen Zahlungen erfolgen und dann Gelder für andere Notwendigkeiten“, unterstrich Kusmenko.

Nach Angaben des Transportministeriums der DVR wurde bis zum 1. Oktober auf dem Territorium der DVR eine Fläche von 5679,84 Quadratmetern öffentlicher Straßen repariert. Für die Reparatur von Eisenbahnverbindungen in der DVR wurden im September 24 Mio. Rubel ausgegeben.

„Im September wurden 24 Mio. Rubel ausgegeben. Wir nehmen auch ein... Der Umfang der Fahrten ist im Moment aber nicht ausreichend, um höhere Einnahmen zu erzielen, wie in Friedenszeiten, aber wir hoffen, dass sich diese Situation nicht mehr lang hinzieht.“

Zuvor hatte das Ministerium mitgeteilt, dass insgesamt im letzten Jahr die Mitarbeiter der Donezker Eisenbahn 457 Objekte der Infrastruktur für eine Summe von mehr als 1 Mio. US-Dollar wiederaufgebaut haben.

Wir fügen hinzu, dass das Transportministerium mehrfach erklärt hat, dass zielgerichtete Beschüsse strategischer Eisenbahnobjekte von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf zielgerichtete Aktivitäten Kiews hinweisen. „Die Transportinfrastruktur ist Ziel der

ukrainischen Streitkräfte, um die Blockade zu verstärken und der Region möglichst viel Schaden zuzufügen“, hatte das Ministerium zuvor unterstrichen.

Rusvesna.su: Der ehemalige Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine Valentyn Nalyvaychenko sagte, dass einer der Mitarbeiter des SBU den Ausdruck der Gespräche aller Politiker in die Präsidentialverwaltung Poroschenkos bringt. Er sagte dies in einem Interview gegenüber dem Fernsehsender 112.

"Soweit ich informiert bin und mit Spezialisten aus dem Innenministerium und anderen Strafverfolgungsbehörden gesprochen habe, bringt einer der Generäle des SBU die Niederschriften der Telefongespräche von Politikern in die Präsidentialverwaltung", sagte Nalyvaychenko.



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/nalivajchenko.jpg?itok=95pddlGg](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/nalivajchenko.jpg?itok=95pddlGg)

De.sputniknews.com: Ukraine: Referendum über Legalisierung von Prostitution vorgeschlagen

Der Berater des ukrainischen Innenministers Anton Geraschtschenko hat vorgeschlagen, ein Referendum über die Legalisierung von Prostitution in der Ukraine abzuhalten, wie der TV-Sender 112 Ukraina berichtet.

Wie Gerastschenko argumentierte, ist eine landesweite Diskussion darüber erforderlich, weil derartige Fragen die Gesellschaft spalten können.

Zuvor hatte der Chef der Kiewer Polizei, Alexander Terestschuk, die Idee der Legalisierung unterstützt. Er sei zwar kein Anhänger von Prostitution, die Legalisierung dieser kriminellen Geschäftsbetätigung könnte aber „helfen, Ordnung im Lande zu schaffen“.

Ein Gesetzentwurf „Über die Regulierung der Prostitution und der Tätigkeit von Sex-Etablissements“ war im September im ukrainischen Parlament vom Abgeordneten Andrej Nemirowski aus der Partei Samopomostsch (Selbsthilfe) registriert worden. In einem Begleitschreiben zur Novelle hieß es, dass das Fehlen der rechtlichen Exaktheit in diesem Bereich ein Bestandteil des kriminellen Business darstelle. Der Staatsetat bekomme indessen keine Einkünfte in der Form von Steuern und anderen Gebühren.

Später zog Nemirowski seinen Gesetzentwurf zurück, um einen öffentlichen Konflikt zu vermeiden.

Gegenwärtig werden sexuelle Dienstleistungen in der Ukraine mit Verwaltungsstrafen geahndet, eine strafrechtliche Verfolgung gibt es nur für Zuhälterei.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30502/50/305025088.jpg>

Dan-news.info: Die Nacht verlief in den frontnahen Bezirken der DVR ohne Beschüsse, teilten Vertreter der Stadt- und Bezirksverwaltungen der Republik mit. „Die letzte Nacht verlief ruhig. Informationen über Beschüsse gingen nicht ein“, teilte der stellvertretende Leiter des Nowoasowskij-Bezirks Anatolij Janowskij mit. Eine stabile Lage herrscht auch im Telmanowo-Bezirk. „Bei uns ist alles ruhig, wir gewöhnen uns an ein friedliches Leben“, fügte der Leiter der Telmanowo-Bezirks Sergej Iwanow hinzu. Eine vergleichbare Situation herrscht auch in Dokutschajews, Jasinowataja, Makejewka und Gorlowka. „Bisher sind keine Informationen über Provokationen und Beschüssen von Seiten des Gegners eingegangen“, hieß es in der Gorlowker Stadtverwaltung.

Dan-news.info: Die Lage in der Hauptstadt der DVR ist nach wie vor ruhig, Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden nicht festgestellt, dies teilten heute die Bezirksverwaltungen der Stadt mit.

„Im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk herrscht eine ruhige Lage, keinerlei Verstöße von Seiten des Gegners wurden von uns festgestellt“, teilte der Leiter des Kujbyschewskij-Bezirks Iwan Prichodko mit.

Eine ähnliche Lage wurde auch von der Verwaltung des Petrowskij-Bezirks der Hauptstadt der Republik bestätigt. „Bei uns ist auch alle ruhig. Alles ist gut“, sagte der Bezirksleiter Maxim Shukowskij.

Auch in den Bezirken Kiewskij und Kirowskij wurden keine Beschüsse von Wohngebieten von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. „Bisher ist es bei uns ruhig. Das Regime des Waffenstillstands wird nicht verletzt“, fügte die Bezirksverwaltung des Kiewskij-Bezirks hinzu.

De.sputniknews.com: Erstmals hat ein NATO-Mitgliedsstaat die russische Operation in Syrien begrüßt, schreiben die „Deutschen Wirtschafts Nachrichten“. Das jedoch führt zu einem „Riss“ in dem Völkerbund.

DWN zufolge, „bröckele“ die NATO-Front, da sich der Premierpräsident des Mitgliedsstaates Slowakei, Robert Fico, für die Operation der russischen Luftstreitkräfte aussprach.

„Egal ob nun ein amerikanischer Angriff auf Ziele des sogenannten „Islamischen Staates“

oder ein russischer erfolgreich ist – in beiden Fällen gilt das gleiche", zitiert das Nachrichtenportal den slowakischen Premier. Er habe keine „ideologischen Scheuklappen“, betonte der Minister.

Darüber hinaus sei für die Lösung des Syrien-Konflikts seiner Ansicht nach die Einbeziehung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad nötig.

Zuvor hatte der slowakische Außenminister Miroslav Lajčák geäußert, dass sich die EU bei der Lösung des Syrien-Konflikts nicht nur auf diejenigen Seiten orientieren sollte, die ihr „gefallen“, sondern auch auf die, die das Potenzial haben, diese Krise zu lösen. Russland habe dieses Potenzial, betonte Lajčák.

Mehr zum Thema: Slowakischer Premier: Ohne strategische Zusammenarbeit mit Russland geht es nicht

Seit dem 30. September fliegt die russische Luftwaffe auf Bitte der syrischen Regierung Angriffe gegen den IS. Russische Jets haben laut Angaben aus Moskau bereits mehrere Hundert Ziele zerbombt und Hunderte Dschihadisten getötet. Ziel ist es, die syrische Regierungsarmee im Kampf gegen die berüchtigte Terrormiliz zu unterstützen. Mit russischer Luftunterstützung begannen die Truppen von Syriens Präsident Baschar al-Assad in der vergangenen Woche eine großangelegte Großoffensive und konnten bereits weite Gebiete von den IS-Dschihadisten befreien.

Lug-info.com: Die Volksmiliz der LVR wird am 20. Oktober mit der zweiten Etappe des Abzugs von Waffen eines Kalibers unter 100mm beginnen, teilte der stellvertretende Kommandeur der Volksmiliz Generalmajor Sergej Koslow mit.

„Wir beginnen die zweite Etappe des Abzugs von Waffen eines Kalibers unter 100mm. Morgen werden Panzer aus dem Sektor „Süd“ abgezogen. Es ist geplant, einige Dutzend Panzer abzuziehen“, sagte er.

Koslow unterstrich ein weiteres Mal, dass „die Volksmiliz fest nach dem Wortlaut der Minsker Vereinbarungen vorgeht und streng entsprechend dem Zeitplan für den Abzug von Waffen handelt, der vom Zusatz zum Maßnahmekomplex vorgesehen ist“.

Ukrinform.ua: In Mariupol wurde heute Morgen ein Wohnhaus mit Panzerabwehrgranatwerfern beschossen. Menschen wurden dabei nicht verletzt.

Das meldet der Pressedienst der Milizverwaltung in der Region Donezk.

Die Miliz soll gegen 05:00 Uhr morgens über die Explosion in einem Hochhaus informiert worden sein. Am Tatort habe die Polizei einen gebrauchten und noch einsatzfähigen Panzerabwehrgranatwerfer gefunden. Das Gebäude sei nun beschädigt. Keine Opfer nach der Explosion sind gemeldet.

De.sputniknews.com: Aus politischen und diplomatischen Gründen waren europäische Medien, Diplomaten und Politiker auf „einem Auge blind“ und konnten deshalb den MH-17-Konflikt nicht vermeiden. Für die Ukraine stand damals aber nicht die Flugsicherheit, sondern das Kassieren von Überfluggebühren an erster Stelle, berichten Kolumnisten der „Zeit“.

In der vergangenen Woche präsentierte der niederländische Sicherheitsrat seinen Abschlussbericht zum MH17-Absturz. Aus dem Bericht geht hervor, dass die malaysische Boeing mit einer Buk-Rakete abgeschossen worden war. Am selben Tag veröffentlichte auch der Buk-Hersteller Almaz Antey seinen Bericht. Dieser zeigt eindeutig, dass die Rakete von durch die ukrainische Armee kontrolliertem Territorium aus abgefeuert worden war.

Umfrage: Ist der Bericht des niederländischen Sicherheitsrates zum MH17-Absturz glaubwürdig?

In einem Gastbeitrag der „Zeit“ analysieren zwei Journalisten den niederländischen Bericht und kommen zum Schluss, dass die Ukraine die Hauptschuld an der Tragödie trägt – die



Behörden des Landes hätten versagt, da sie bis zuletzt behaupteten, dass ihr Luftraum in einer Höhe ab rund 10.000 Metern sicher sei.

„Man muss sich fragen: War diese Behörde geeignet, um das zu entscheiden? Womöglich nicht. Ein Land im Kriegszustand hat viele Sorgen – die Sicherheit der zivilen Luftfahrt steht vielleicht nicht an erster Stelle.“, schreiben die Journalisten.

Dem Blatt zufolge hätten die Anwälte der Verwandten der Opfer behauptet, die Ukraine habe ihren Luftraum bewusst offen gelassen, um auch weiter die Überfluggebühren zu kassieren. Dabei, so der Zeit-Autor, stehe im niederländischen Bericht dazu ganz ausdrücklich geschrieben, dass, wenn ein Krisenland seinen Luftraum nicht schließt, dies nicht automatisch bedeute, dass er sicher sei.

Auch solche großen Fluggesellschaften wie Lufthansa hätten sich damals auf das Risiko eingelassen – um keine Zusatzkosten und längere Flugzeiten entstehen zu lassen.

Als es darum gegangen sei, die Gefährdungslage über einem Krisengebiet einzuschätzen, hätten die Mechanismen der internationalen Flugsicherheit auf ganzer Linie versagt, schreiben die Journalisten. Die Länder, denen die Airlines gehören, darunter auch die malaysische Regierung, hätten ihren Fluglinien davon abraten müssen, über einem Kampfgebiet zu fliegen.

Malaysia habe aber womöglich keine Mittel für eine solche Einschätzung gehabt, ganz im Gegensatz zu europäischen Nachrichtendiensten, Diplomaten und Politikern, die besser für eine Risikoabschätzung aufgestellt gewesen seien.

„Doch sie unterließen es, daraus für die Sicherheit der Flugpassagiere Schlüsse zu ziehen“, schreiben die Kolumnisten, „Mit anderen Worten: Europas Regierungen waren auf einem Auge blind, dem Auge der Flugsicherheit – aus politischen und diplomatischen Gründen.“

Dan-news.info: Einwohner der DVR haben heute Morgen eine Kundgebung am Büro der OSZE-Mission in Donezk durchgeführt und dazu aufgerufen, die Checkpoints der ukrainischen Streitkräfte unter Beobachtung der Organisation zu nehmen, wo die Truppen systematisch die Rechte der Menschen verletzen, berichtet ein Korrespondent von DAN vom Ort des Geschehens. OSZE-Vertreter haben zugesagt, sich um die Situation zu kümmern.

Auf der Kundgebung haben sich etwa 500 Menschen aus allen Bezirken von Donezk sowie aus Ilowajsk, Jenakiewo und Schachtjorsk versammelt. Die Einwohner der Republik kamen mit Plakaten „Ukraine – Erpresser“, „Poroschenko erstickt uns an den Transitpunkten“, „Ukraine – hört auf, die Menschenrechte zu verletzen“ und andere.

„Die Einwohner haben sich hier versammelt, um Ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten, was die ukrainischen Soldaten an den Checkpoints zwischen der DVR und der Ukraine tun. Dort entstehen riesige Schlangen, es beschwerten sich sogar die Menschen, die aus der Ukraine in die DVR fahren“, sagte einer der Teilnehmer der Kundgebung zur Leiterin des Donezker OSZE-Büros Olga Skripowskaja, die zu den Demonstranten kam.

Die Menschen drücken ihre Unzufriedenheit mit den Schmiergeldforderungen von Seiten der ukrainischen Soldaten aus sowie mit der Verhöhnung der friedlichen Einwohner, die die Grenzen überschreiten. Einer der Kundgebungsteilnehmer erzählte Skripowskaja, dass an ukrainischen Passierpunkten von den Einwohnern der Republik verlangt wird, die Hymne der Ukraine zu singen, wenn sich jemand weigert oder die Worte nicht kennt, so lässt man ihn nicht durch.

Die Leiterin des Donezker OSZE-Büros versprach den Demonstranten, dass alle Beanstandungen bezüglich der Ereignisse an den Checkpoints in den OSZE-Bericht aufgenommen werden. „Über alles, was Sie heute gesagt haben, wird unmittelbar berichtet“, sagte Skripowskaja.

Die Organisatoren der Kundgebung schlugen der OSZE vor, eine besondere Beobachtergruppe zu schaffen, die ständig an den Checkpoints anwesend ist und die Situation kontrolliert. „Sobald die OSZE-Mission mit ihren Fahrzeugen durch die ukrainischen Checkpoints fährt, wird der Checkpoint geöffnet, dann ist der Verkehr unbehindert. Sobald die OSZE durch ist, wird der Checkpoint geschlossen und es beginnen die Schlangen“,

erklärte einer der Demonstranten.

Bürger der Republik demonstrieren nicht das erste Mal beim Stab der OSZE-Mission. Am 23. Juli und am 6. August 2015 führten Einwohner der DVR Kundgebungen durch, auf denen sie ihre Unzufriedenheit mit der ihrer Meinung nach nicht immer objektiven Arbeit der Beobachter ausdrückten.



[https://scontent-fra3-1.xx.fbcdn.net/hphotos-xap1/v/t1.0-9/12115861\\_466014110252238\\_1915763978877904936\\_n.jpg?oh=cdf7f327aa71742751a1ecd9f5214d58&oe=568CBC70](https://scontent-fra3-1.xx.fbcdn.net/hphotos-xap1/v/t1.0-9/12115861_466014110252238_1915763978877904936_n.jpg?oh=cdf7f327aa71742751a1ecd9f5214d58&oe=568CBC70)





[https://scontent-fra3-1.xx.fbcdn.net/hphotos-xfp1/v/t1.0-9/10435029\\_466014106918905\\_5117511289073033069\\_n.jpg?oh=dd6ef2a12d301f4d5b2693fec6a6dee8&oe=568D6E5E](https://scontent-fra3-1.xx.fbcdn.net/hphotos-xfp1/v/t1.0-9/10435029_466014106918905_5117511289073033069_n.jpg?oh=dd6ef2a12d301f4d5b2693fec6a6dee8&oe=568D6E5E)

## Nachmittags:

Lug-info.com: Etwa hundert mehrstöckige Häuser in der Hauptstadt der Republik sind bisher ohne Heizung wegen eines Problems mit der Wasserversorgung, teilte heute der Direktor des kommunalen Unternehmens „Zentrosilkom“ Sergej Schatochin.  
„Von 1377 Häusern (die sich in kommunalem Eigentum befinden) haben 1155 bereits Heizung, etwa 100 Häuser sind bisher ohne Heizung. Sobald das Wasser funktioniert, wird das System aufgefüllt und in Betrieb genommen“, sagte er.  
Zuvor hatte heute der kommissarische Leiter der südlichen Koordination der Lugansker Wasserwerke Konstantin Polkin mitgeteilt, dass das auf dem von Kiew kontrollierten Territorium gelegene Petrowskij-Wasserwerk, das die Lieferung von Wasser in die Hauptstadt der Republik am 16. Oktober wegen einer Störung an den Leitungen eingestellt hat, seine Funktion in begrenztem Maße wieder aufgenommen hat.

De.sputniknews.com: Eine Online-Petition an den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko mit dem Vorschlag einer Stromsperre für die Halbinsel Krim hat bei erforderlichen 25.000 Stimmen mehr als 26.000 erbracht.  
Die Petition wurde am 8. September auf der Internetseite des Präsidenten registriert und hat bereits 26.600 Stimmen bekommen. Eine Petition muss laut dem ukrainischen Gesetz innerhalb von drei Monaten nach der Registrierung mehr als 25.000 Stimmen erbringen, um vom ukrainischen Präsidenten behandelt zu werden. Danach kann der Staatschef der Obersten Rada Gesetzentwürfe zur Prüfung vorlegen, die auf die Lösung der in der Petition gestellten Fragen gerichtet sind.  
Dem Republikchef der Krim, Sergej Aksjonow, zufolge wird der Stromstopp durch die Ukraine der Halbinsel gewisse Schwierigkeiten bereiten, lebenswichtige Objekte und Unternehmen wären davon aber nicht betroffen.  
„Es wird selbstverständlich gewisse Schwierigkeiten geben. Wir werden jedoch nicht hungern, es werden keine Unternehmen stillstehen. Im vergangenen Jahr haben wir in einer Situation gehandelt, als der Strom ausgeschaltet worden war. Alle Reserveleistungen sind eingeschaltet. Alle lebenswichtigen Objekte wie Krankenhäuser, Entbindungsheime und Schulen sind versorgt. Wir können heutzutage auf der Krim selber mehr als 300 Megawatt Energie erzeugen. Deswegen werden wir es so oder so überstehen“, sagte Aksjonow gegenüber RIA Novosti.  
Die Krim hängt zu 70 Prozent von Stromlieferungen aus der Ukraine ab. Den Berechnungen des russischen Energieministeriums zufolge braucht die Region zusätzlich etwa 880 Megawatt Energie.  
Bis Ende des laufenden Jahres soll der erste Teil der Energiebrücke aus Russland auf die Krim in Betrieb genommen werden. Dies wird die Lieferung von bis zu 400 Megawatt Energie vom russischen Festland aus ermöglichen. Der zweite Abschnitt soll die Energielieferungen auf 800 bis 840 Megawatt erhöhen. Die Bauarbeiten sollen im Sommer 2016 abgeschlossen sein.  
Die Krim war im März vergangenen Jahres – nach gut zwei Jahrzehnten in der



unabhängigen Ukraine – wieder Russland beigetreten, nachdem die Bevölkerung der Halbinsel in einem Referendum mehrheitlich dafür gestimmt hatte. Anlass für das Referendum war der Februar-Umsturz in Kiew, bei dem die Opposition Präsident Viktor Janukowitsch entmachtet und eine von Nationalisten geprägte Regierung aufgestellt hatte. Die neue ukrainische Regierung betrachtet die Krim noch immer als ihr Gebiet und verspricht, die Halbinsel zurückzuholen. Gleichzeitig hatte die Regierung in Kiew jedoch den See-, Luft-, Eisenbahn-, Bus- und Frachtverkehr mit der russischen Region eingestellt. Es wurde zudem eine Lebensmittelblockade verhängt.

Dan-news.info: Der Zustand des siebenjährigen Jungten, der am 24. September in der Folge eines Terrorakts auf dem Truppenübungsplatz „Tores“ schwer verletzt wurde, wird schrittweise besser, was den Ärzten erlaubt, mit der Behandlung fortzufahren. Dies teilte heute der Direktor des Gusak-Instituts für Notfall- und wiederherstellende Chirurgie Prof. Emil Fistal mit.

Der Professor fügte hinzu, dass das Kind noch eine Reihe Operationen erwartet. „Die nächste Operation sieht eine weitere Hauttransplantation vor. Die Rehabilitation und Genesung wird lange dauern“, fügte Fistal hinzu.

Ukrinform.ua: Wiktor Janukowitsch hat im Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Klage wegen der „regulären Verletzungen seiner Menschenrechte von der Ukraine“ eingereicht.

Das meldet auf ihrer Webseite die britische Anwaltskanzlei Joseph Hage Aaronson LLP, die die Interessen von Janukowitsch vertritt.

Zuvor hat der Sohn des ehemaligen Präsidenten der Ukraine, Aleksandr Janukowitsch, eine Klage im Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht. Er will, dass die Ukraine ihm die Entschädigung für den Eigentumsverlust an der insolventen ukrainischen Bank zahlt.

Dan-news.info: Ukrainische Truppen haben mit Granatwerfern das Territorium des Flughafens von Donezk beschossen, teilte heute das Verteidigungsministerium der DVR mit. „Es explodierten etwa acht Granatgeschosse des Kalibers 82mm. An den Ort sind Vertreter der OSZE und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination gefahren“, sagte der Gesprächspartner der Agentur und erklärte, dass dieser Vorfall am Sonntag, den 18. Oktober geschehen ist.

Von Verletzten wurde nichts berichtet.

De.sputniknews.com: Das Projekt „Rosplattform“ des Software-Herstellers Parallels soll russischen Internetnutzern die Möglichkeit bieten, ihre Daten extern zu speichern, ohne dabei die westlichen Cloud-Dienste Microsoft Azure, VMware vCloud und Amazon Cloud in Anspruch zu nehmen.

Der nationale Synchronisationsdienst solle nicht nur die elektronische Souveränität Russlands garantieren, sondern auch in jene Länder exportiert werden, die „sich aus der technologischen Abhängigkeit von den USA lösen wollen“, heißt es in einer Videopräsentation.

Die Projektautoren verweisen darauf, dass etwa 75 Prozent des russischen Software-Marktes mit einem Volumen von umgerechnet ca. 1,2 Milliarden Euro auf ausländische Produkte entfallen, was „inakzeptabel riskant“ sei. Die neuen Produkte "Parallels Cloud Server", "Parallels Automation" und "Virtual Desktop Infrastructure" sollen helfen, diese Abhängigkeit abzubauen.

Der Investitionsbedarf bis 2016 wird auf umgerechnet rund 14 Millionen Euro geschätzt. Es ist geplant, dass das Projekt sich ab 2018 selbst finanzieren und 2020 einen Umsatz von mindestens 50 Millionen US-Dollar erzielen wird. Weil Parallels selbst größtenteils in ausländischer Hand liegt, soll für das neue Projekt eine juristische Person gegründet werden, die zu 50 Prozent russischen Bürgern gehören und russischem Recht entsprechen soll. Internet-Ombudsmann Dmitri Marinitschew begrüßte das Vorhaben. Auch wenn die Mutterfirma Parallels in ausländischer Hand sei, würden die meisten Hersteller aber auch die Datenzentren in Russland ihren Standort haben, sagte er. Er mutmaßte, dass der neue Dienst aufgrund niedrigerer Selbstkosten billiger als die ausländischen Pendanten sein würde.

Dnr-online.ru/Dan-news.info:: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR hat sich in den letzten 24 Stunden zugespitzt.

„Abteilungen der ukrainischen Truppen haben neun Mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Aus Richtung des Lüftungsschachts des Butowskaja-Bergwerks von den Positionen der 93. einzelnen mechanisierten Brigade unter dem Kommando von Wladislaw Klotschkow wurde Spartak mit Granatwerfern beschossen. Der Beschuss erfolgte mit 120 und 82mm Granatwerfern. Insgesamt wurden 10 Geschosse abgeschossen.

Von den ukrainischen Positionen im Bereich von Nowgorodskoje wurde Oserjanowka unter Verwendung von Panzertechnik beschossen. Mit Schusswaffen und Granatwerfern wurde Schirokaja Balka aus Richtung Nowgorodskoje beschossen. Insgesamt haben die ukrainischen Truppen in der letzten Woche 29 Mal das Regime der Feueinstellung unter Anwendung von 152mm Artillerie, 120 und 82mm Granatwerfern gebrochen. Insgesamt wurden 63 Geschosse und Granaten vom von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium abgeschossen.

Auf diese Weise sehen wir auf dem Hintergrund der Verstärkung der Beschüsse durch die ukrainische Seite, dass das ukrainische militärische Kommando nicht an einer Lösung des Konflikts auf friedlichem Weg interessiert ist, insbesondere im Vorfeld eines Abzugs von Waffen unter 100mm. Im Gegenteil, die Zunahme der Intensität der Beschüsse zeugt von dem Bestreben der militärisch-politischen Führung der Ukraine, die Situation im Donbass zuzuspitzen mit dem Ziel die Streitkräfte der DVR zu einer Erwiderng zu provozieren, um sie eines Versuchs zu bezichtigen, die örtlichen Wahlen auf dem von der Kiewer Regierung kontrollierten Territorium zum Scheitern zu bringen“, teilte Eduard Basurin mit.

„Die Beschüsse können sich auf das Datum des Abzugs auswirken. Wir werden sehen, es ist noch Zeit, es ist eine kleine Korrektur des Abzugsdatums erfolgt, aber es bleibt in Kraft“, sagte Basurin.

Basurin erinnerte daran, dass dem Abzug 48 Stunden Feueinstellung vorausgehen sollen, nach der Bestätigung dessen von Seiten der OSZE werden die Seiten mit dem Abzug beginnen.

Rusvesna.su: Die „armen“ ukrainischen "Diener des Volkes" verpassen keine die Möglichkeit, jeden Cent aus dem Staatshaushalt zu ziehen, unter Ausnutzung der zahlreichen Vorteile in vollem Umfang.

So erhielten 181 Abgeordnete der Werchowyna Rada im dritten Quartal dieses Jahres eine Entschädigung aus dem Staatshaushalt für die Anmietung von Wohnraum oder eines Hotelzimmers, heißt es in der Parlamentszeitung "Voice of Ukraine" vom 17. Oktober. Unter ihnen - der erste stellvertretende Leiter der Obersten Rada Andrei Paruby ("Volksfront") und der Vertreter des Präsidenten im Parlament, der ehemalige Leiter der Nationalbank Stepan Kubiv (BPP).

Unter anderem erhielten auch die Leiter der regionalen staatlichen Verwaltung Ternopil und Tschernigow Stepan Barna und Valery Kulich Entschädigungen für Mietwohnungen in Zeitraum Juli-September, auch wenn ihr Mitgliedschaft im Parlament der Werchowyna Rada

schon Anfang Mai endete.

Ebenfalls eine Entschädigung erhielt Dmitry Shlemko ("Vaterland"), obwohl sein Abgeordnetenstatus vorzeitig zum Anfang Juni gelöscht worden war.

Insgesamt erhielten eine Vergütung für Wohnraum aus dem Staatshaushalt in der Fraktion "Block Poroschenko" 68 Abgeordnete, in der Fraktion "Volksfront" - 44 Abgeordnete, in der Fraktion "Samopomich" - 15 Abgeordnete, in der Fraktion "Oppositionsblock" - 14 Abgeordnete, 6 Abgeordnete der "Radikalen Partei Oleg Laschko", 4 Abgeordnete aus der Fraktion „Vaterlandspartei“, 14 Parlamentarier ohne Fraktionszugehörigkeit, 9 Abgeordnete aus der Gruppe "Partei des Widerstands“ und 6 Abgeordnete der "Wille des Volkes".



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node\\_pic/public/deputaty\\_rady\\_0.jpg?itok=FJ\\_H-IT](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/deputaty_rady_0.jpg?itok=FJ_H-IT)

Dan-news.info: Der Beginn des Abzugs von Waffen eines Kalibers unter 100mm in der DVR wird am Dienstag, den 20 Oktober in Debalzewo beginne, teilte der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin mit.

„Morgen beginnt in Debalzewo die erste von drei Etappe des Abzugs von Waffen“, sagte er. Er fügte hinzu, dass der Abzug in drei Etappen vor sich gehen wird: zuerst aus Richtung Debalzewo, dann aus südlicher Richtung und zuletzt von den Teilstücken der Abgrenzungslinie, die an die Hauptstadt der DVR Donezk grenzen.

De.sputniknews.com: Die Leitung des beliebten Messenger-Dienstes Viber will Server mit Personaldaten russischer Bürger auf dem Staatsgebiet Russlands unterbringen, berichtet die Aufsichtsbehörde Roskomnadsor am Montag auf ihrer offiziellen Vkontakte-Seite.

„Aufgrund des Gesetzes über die Personaldaten, dem zufolge die Internetdienste verpflichtet sind, die personenbezogenen Daten der Bürger Russlands in ihrem Heimatland zu speichern, hat der Messenger-Dienst Viber seine Server nach Russland verlegt“, hieß es in der Mitteilung.

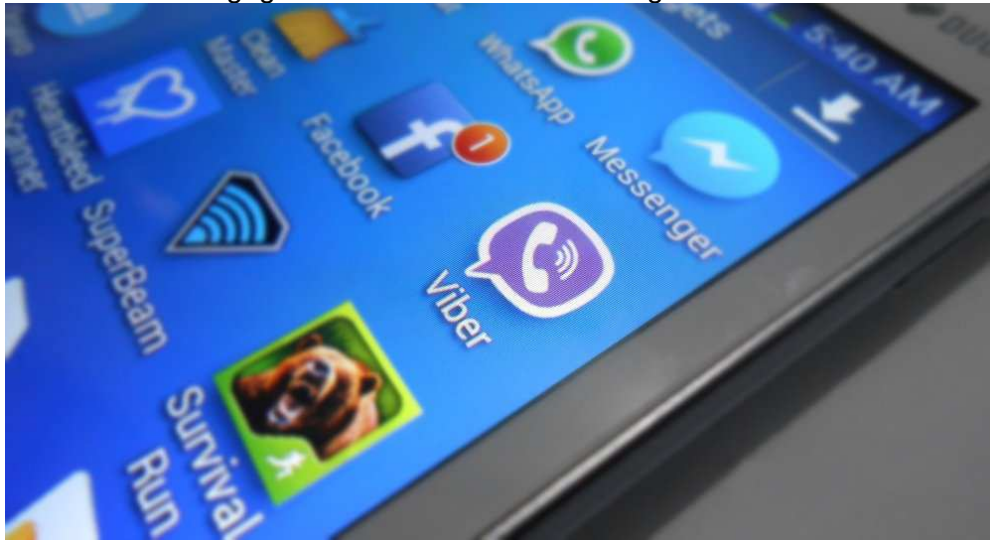
Laut dem am 1. September in Kraft getretenen Gesetz über die Personendaten sollen die persönlichen Daten der Bürger Russlands im Heimatland gespeichert werden.

Die Seiten, die gegen dieses Gesetz verstoßen, werden gemäß Gerichtsbeschluss von Roskomnadsor aufgelistet und danach blockiert, falls sie die Gesetzesverletzung nicht beheben.

Im Gesetz sind Kontrollmaßnahmen seitens der russischen Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor vorgesehen, die auf das Einhalten des Gesetzes gerichtet sind. Falls das Gesetz verletzt wird, bekommt das verstoßende Unternehmen die Anordnung, die



Gesetzwidrigkeiten innerhalb von sechs Monaten zu beheben. Per Gerichtsbeschluss kann auch eine Strafe gegen das Unternehmen verhängt werden.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30503/57/305035765.jpg>

Dnr-online.ru: Unter Berücksichtigung der Aktivitäten einer Reihe natürlicher und mit ihnen verbundener juristischer Personen, die auf die Organisation und Finanzierung aggressiver militärischer Handlungen in Bezug auf die DVR, die Destabilisierung der sozialökonomischen Situation in der Republik gerichtet sind, wurde vom Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko der Erlass Nr. 382 vom 13. Oktober 2015 „Über die Anwendung persönlicher Sanktionen“ unterzeichnet.

Mit dem genannten Erlass werden persönliche Sanktionen in Bezug auf Igor Walerjewitsch Kolomojskij, Sergej Witaljewitsch Kurtschenko, Boris Jewgenjewitsch Loshkin und Petr Alexejewitsch Poroschenko eingeführt. Ihnen sowie den mit ihnen verbundenen Personen (oder dritten Personen) wird die Erwerbung von Immobilien und anderem Besitz, der sich auf dem Territorium der DVR befindet, in ihrem Eigentumsinteresse oder auf anderen rechtlichen Grundlagen (darunter auch Korporationsrecht) verboten, sowie auch die Durchführung von Bank- oder anderen finanziellen Operationen auf dem Territorium der DVR.

Alle Geschäfte, die in Verletzung dieses Erlasses abgeschlossen werden, sind ungültig und werden von der DVR nicht anerkannt. Jede Verletzung des vorstehenden Erlasses durch juristische oder natürliche Personen ist eine Grundlage für die vorübergehende Einführung einer staatlichen Leitung der Unternehmen dieser Personen (oder ihres Besitzes), unabhängig von der Eigentumsform.

#### **Abends:**

De.sputniknews.com: Menschen, die sich mit der russischen Kultur identifizieren, werden in der Ukraine unterdrückt, wie der russische Außenminister Sergej Lawrow am Montag äußerte.

„25 Millionen Menschen, die außerhalb Russlands leben, identifizieren sich mit der

russischen Kultur, Vergangenheit, Geschichte. Leider werden sie für ihre Neigung zur russischen Kultur und Geschichte sowie zu den Traditionen oft unterdrückt, wie es in unserem Nachbarland der Ukraine vorkam. Dort kamen infolge des Staatsstreichs Nationalisten an die Macht, die einen Vormarsch gegen alles Russische begannen. So kam es zu einem blutigen Konflikt“, sagte Lawrow bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden des philippinischen Senats, Franklin Drilon.

Bei dem Treffen äußerte der russische Minister die Bereitschaft, über alle Bemühungen der russischen Seite zu berichten, die unternommen werden, damit kein russischer Mensch, der sich im Ausland aufhält, sich unterdrückt fühle.

Bei Kundgebungen Anfang April 2014 hatte die Bevölkerung der ostukrainischen Gebiete Donezk und Lugansk, die mit dem Februar-Staatsstreich in Kiew nicht einverstanden gewesen war, Volksrepubliken ausgerufen. Nach den Referenden im Mai desselben Jahres verkündeten die Republiken ihre Souveränität und bildeten danach die Union „Noworossija“ (Neurussland) sowie ihre eigenen Machtorgane.

Am 2. November 2014 hatten die Volksrepubliken Donezk und Lugansk ihre Staats- und Parlamentschefs gewählt. Kiew erkannte die beiden selbstproklamierten „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk nicht an.